

Hektiks um Jugendzentrum

DOKUMENTATION DER VERSUCHTEN SCHLISSUNG DES JUZ MANNHEIM

Redaktionskollektiv Gartencenter

2018/2019

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	7
2 Chronologie zur drohenden JUZ-Schließung	11
Mittwoch, 06.12.2017	12
Donnerstag, 07.12.2017	13
Freitag, 08.12.2017	15
Samstag, 09.12.2017	16
Sonntag, 10.12.2017	17
Montag, 11.12.2017	18
3 Eine politische Einordnung	21
Nach dem Antrag ist vor dem Antrag	21
Eine Gegendarstellung	22
Ausblick	28

1 Einleitung

Das JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG FRIEDRICH DÜRR (JUZ) in Mannheim feierte im Jahr 2018 seinen 45. Geburtstag. Als im Jahr 1972 eine große Anzahl Jugendlicher durch die Schließung des letzten innerstädtischen Jugendhauses auf der Straße landeten und sie nicht mehr länger der Willkür der »Stadtbürokratie« ausgeliefert sein wollten, wurde von ihnen selbst jene in der Grundstruktur noch heute gültige Konzeption des JUZ (mit Vollversammlung und Trägerverein) erarbeitet, die eine Bevormundung durch »Stadtherren« und Erwachsene bestmöglich ausschließen sollte. Als Widerstand gegen zahlreiche Kriminalisierungsversuche durch Schutzpolizei, Ordnungsamt, Stadtverwaltungen (inklusive des Jugendamts) und die Lokalpostille, der nur durch hartnäckigen »solidarischen Protest« erwirkt werden konnte, kam es in der ersten Jahreshälfte 1973 zu seiner Gründung. In diesen 45 Jahren hat sich das JUZ sukzessiv als politisches wie soziokulturelles Zentrum etabliert. Jugendliche finden hier einen Anlaufpunkt, um sich zu engagieren, ihre Freizeit selbst zu gestalten oder einfach nur abzuhängen. Dieses vielfältige Engagement wird von der Stadt Mannheim inzwischen anerkannt, indem das JUZ seit Jahren Träger der Jugendförderung ist und sie dem JUZ das Gebäude mietfrei überlässt sowie einen regelmäßigen Zuschuss, von dem unter anderem 1,5 Personalstellen finanziert werden, zur Verfügung stellt. Es steht somit verglichen mit anderen selbstverwalteten (Jugend-)Zentren finanziell gut da. Trotzdem schränkt es uns auch auf eine gewisse Weise ein, da wir in der jetzigen unkommerziellen Form der Veranstaltungs- und Projektgestaltung von dem Zuschuss der Stadt abhängig sind.

Die stadtpolitische Anerkennung stand im Dezember 2017 ganz plötzlich massiv auf der Kippe. Die CDU-Gemeinderatsfraktion reichte zwei Anträge in die Etatberatungen des Doppelhaushalts 2018/19 ein, die dem JUZ die Zuschüsse streichen und die mietfreie Überlassung des Gebäudes aufkündigen sollten. Damit versuchten der Vorsitzende Claudius Kranz und seine Fraktion die verschobenen Verhältnisse im Gemeinderat, die durch den Übertritt eines Stadtrates von den GRÜNEN zur

CDU zustande kamen, und die politisch nach rechts verschobene gesellschaftliche Debatte nach dem G20-Gipfel in Hamburg auszunutzen, um das JUZ im städtischen Diskurs zu diskreditieren und in seiner jetzigen Form zu schließen. Sie kalkulierten ganz offensichtlich mit den Stimmen von Rechtsaußen, also dem NPD-Stadtrat Christian Hehl, einem mehrfach verurteilten Neonazi-Schläger, und der BÜRGERFRAKTION (früher AfD/ALFA), was den Verlust jeglicher Berührungspunkte nach Rechtsaußen offenbart.

Erste Anzeichen dafür gab es schon im Oktober 2016, als der CDU Landtagsabgeordnete Georg Wacker eine das JUZ betreffende Anfrage an das Innenministerium des Landes stellte. Schon an dieser hätten wir merken können, dass von der CDU als links definierte Projekte immer noch ihr Lieblingsfeind sind und nur auf die Möglichkeit gewartet wird, sie, ungeachtet ihrer konkreten politischen Praxis, ausschalten zu können. Die kleine Anfrage über »Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim« ist ein gutes Beispiel dafür, wie und warum die CDU gegen linke Projekte kämpft. In der Antwort des Ministeriums spiegelte sich dabei wieder, gegen was die CDU versucht vorzugehen. Erwähnt wurden drei Angebote des JUZ und diese, ohne weitere Erklärung, als »linksextremistisch« eingestuft: nämlich das OFFENE ANTIFA TREFFEN, das FREIRAUM-CAFÉ und die VOLLVERSAMMLUNG. Alle drei erwähnten Veranstaltungen sind Versuche, das JUZ möglichst partizipativ und offen zu gestalten. Sie sind Anlaufpunkte und Treffpunkte, die einladen sollen sich zu engagieren bzw., im Fall der VOLLVERSAMMLUNG - unserem Hauptentscheidungsgremium -, wo sich alle an den JUZ-Belangen beteiligen können. Jede*r ist von Anfang an eingeladen, bei Entscheidungen, die das JUZ betreffen, mitzubestimmen.

Die gleiche Rhetorik der CDU setzte sich in den Schließungsanträgen vom Dezember 2017 fort. Zur Diskreditierung unseres Engagements reichte es ihr, dass sie verschiedene Gruppen im JUZ den »typischen linksextremen Aktionsfelder[n] wie Antikapitalismus (inklusive dem Kampf gegen Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Repression, Gentrifizierung und Militarismus) und Kurdistan solidarität« zuordnete, um gegen uns mit aller Härte vorzugehen und uns die kleinen noch vorhandenen politischen Spielräume zu entziehen.

Dieses Vorhaben hatte glücklicherweise vorerst keinen Erfolg. Große Teile des Gemeinderates haben sich gegen die Anträge gestellt. Für die JUZis waren es besondere Tage, die gemischte Gefühle zurück gelassen haben. Wir waren überwältigt von der Solidarität, die uns entgegengebracht wurde und von der unermüdlichen Ausdauer

und Leidenschaft, die tolle Menschen in Mannheim an den Tag gelegt haben. In der kurzen Zeit, die wir von dem Bekanntwerden der Anträge bis zur Abstimmung im Gemeinderat hatten, haben sie öffentlichkeitswirksam für das JUZ argumentieren und politisch starken Druck auf ›die Stadtoberen‹ aufbauen können. Die Belange des JUZ haben dadurch weite Teile der Stadtgesellschaft erreicht.

An dieser Stelle wollen wir allen Unterstützer*innen hiermit unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Besonders wollen wir auch all jenen Mannheimer Stadträt*innen danken, die sich aktiv gegen die Anträge der CDU-Gemeinderatsfraktion (sowie der Vollständigkeit halber auch gegen den der FAMILIENPARTEI) gewandt und damit sogleich ein Zeichen für Pluralität, Diversität und politische Streitkultur gesetzt haben. Ein ebenso großer Dank gebührt allen Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen, Vereinen, sozialen wie kulturellen Einrichtungen und allen anderen Institutionen, die sich auf so vielfältige Weise solidarisch gezeigt und für und mit uns engagiert haben. Ob Politiker*innen, Kunst- und Kulturschaffende, Sozialpädagog*innen, Schüler- und Student*innen, enge Freund*innen und entfernte Bekannte, von all diesen Personen haben wir in nur wenigen Tagen einen enormen Zuspruch erfahren. Es gab offene Briefe, Online-Unterschriften, viele haben am Protest im Stadthaus teilgenommen, Leute haben in Büros und WGs diskutiert, in Chats mitgelesen oder an der Kampagne mitgewirkt. Ihr alle habt eine wirkmächtige (Gegen-)Öffentlichkeit erzeugt. Die Vielzahl der Solidaritätserklärungen und die Unterschiedlichkeit ihrer Verfasser*innen zeigen, dass die Anträge eine Institution getroffen haben, zu der offenbar die verschiedensten Organisationen, Vereine oder Einzelpersonen einen Bezug haben. Ihr alle habt bewiesen, dass es in Mannheim noch zahlreiche Kräfte gegen den aktuellen politischen Eiswind gibt. Trotzdem sind wir nicht gefeit vor weiteren Offensiven dieser Art und die aktuelle Stimmung in Deutschland (wie auch anderswo) lässt vermuten, dass gesellschaftliche Konflikte in Zukunft zunehmend autoritärer beantwortet werden.

Ziel des vorliegenden Papiers ist, die vielfältige Solidarität, die wir im Zuge der Ereignisse erfahren haben, zu nutzen. Wir glauben durch dieses Schreiben an Unterstützer*innen oder (potenzielle) Sympathisant*innen des JUZ uns unserer Stärken wie Schwächen bewusster zu werden. Dadurch soll diese Einordnung der Vorgänge uns, wie auch anderen linken Freiräumen, eine Hilfe sein, um zukünftige Angriffe besser beantworten zu können. Wir wollen hierdurch aus der Überwältigungstaktik der CDU, die uns zu passivierten Objekten städtischer Machtpolitik degradieren und letztlich ›abschalten‹ wollte, den aktivistischen Gegenschwung vom Dezember

2017 aufgreifen und auf andere Ebenen weitertragen.

Im ersten Teil werden wir in einer Chronologie der Ereignisse vom Dienstag, den 05.12.2017, bis zum darauffolgenden Montag, den 11.12.2017, das Geschehene, wie es sich uns dargestellt hat, rekonstruieren und einige unserer strategischen Schritte darlegen. Im zweiten Teil werden wir in Form einer Stellungnahme versuchen, die Ereignisse in Mannheim aus unserer Perspektive politisch einzuordnen und in einen größeren Kontext zu setzen. Im dritten Teil wollen wir in Form einer Kollektion schriftliche Erzeugnisse, die im Elan dieser Woche entstanden sind, sowie Kommentare und Meldungen, die exemplarisch ausgewählt wurden und den Diskurs repräsentieren sollen, publizieren.

Fühlt euch angesprochen, häufiger ins JUZ zu kommen, nachzufragen und den doch recht kleinen Freiraum, der längst noch nicht in dem Maße inklusiv ist, wie wir es uns wünschen, mitzugestalten. Lasst uns den wieder sichtbareren und lautereren autoritären Strömungen ein alternatives Konzept entgegenzustellen, das auf der freien Entfaltung von Individualität beruht. Da solche Individualität außerhalb des JUZ noch immer deutlich eingeschränkter ist und sie damals wie heute von massiven Verwertungs- und Anpassungszwängen durchzogen ist, halten wir es für wichtig, uns kritisch mit dem Status Quo, zu dem es vorgeblich keine Alternative gebe, auseinanderzusetzen. Wir wollen der lebende Gegenbeweis zu dieser vermeintlichen Alternativlosigkeit sein und zumindest in Ansätzen wieder die Vorahnung einer besseren Welt wecken. Für uns war die Welt vor den Anträgen nicht in Ordnung und sie ist es auch nach der gewonnenen Abstimmung nicht.

Grüße aus dem JUZ!

2 Chronologie zur drohenden JUZ-Schließung

Wir hätten schon bei der kleinen Anfrage des CDU Landtagsabgeordneten Georg Wacker im Oktober 2016 merken können, dass von der CDU als links definierte Projekte in Deutschland immer noch einer der Lieblingsfeinde der Partei sind. Sie scheinen, ungeachtet ihrer politischen Praxis, nur auf die Möglichkeit zu warten, sie zerschlagen zu können. Trotz dieser kleinen Anfrage und der, in der Einleitung erwähnten, veränderten Mehrheitsverhältnisse, die die Anträge der CDU in den Etatverhandlungen des städtischen Haushaltes zu einer akuten Bedrohung werden ließen, kamen die Geschehnisse vom Dezember 2017 für uns komplett unerwartet. In den folgenden Abschnitten erläutern wir, wie sich die Ereignisse uns dargestellt hatten und wie wir die Angriffe abwehren konnten, um dadurch auch anderen Projekten und Initiativen, die in ähnliche Situationen versetzt werden, eine Handlungsorientierung zu bieten:

Dienstag, 05.12.2017

Am Dienstag, den 05.12.2017, erreichte ein Anruf das Büro des JUZ mit der Info, dass die CDU zwei Anträge in die Etatverhandlungen der Stadt Mannheim, welche in der darauffolgenden Woche montags bis mittwochs (11. bis 13.12.2017) stattfinden sollte, eingereicht hatte.

Konkret sollten die mietfreie Überlassung des Gebäudes und die finanziellen Zuschüsse von 98.000 € gestrichen werden. Daraufhin wurden als erstes die Infos vom Büro gesammelt und bei anderen, uns wohlgesonnen Kontakten, verifiziert. Anschließend wurden der Trägervereinsvorstand und sehr aktive JUZis informiert und erste Überlegungen unternommen, wie gegen die Anträge vorgegangen werden könnte. Weiter wurde über Social-Media und andere Kanäle, wie zum Beispiel der

E-Mail Verteiler des Fördervereins, eine Sonder-VV einberufen, welche am folgenden Donnerstag um 19 Uhr stattfinden sollte.

Außerdem wurde eine Telegram-Gruppe eingerichtet, die ein wichtiges Kommunikationsmedium war und zur Mobilisierung genutzt wurde.

Der Stadtjugendring, als lokale Vertretung der Organisationen, die sich in der Kinder- und Jugendarbeit engagieren und in welchem auch das JUZ seit Jahren anerkanntes Mitglied ist, wurde informiert. Dies war nicht nur wegen des stadtpolitischen Einflusses des Stadtjugendrings wichtig, sondern auch, weil die verschiedenen Jugendrichtungen in Mannheim mit dem Antrag offensichtlich gegeneinander ausgespielt werden sollten, da die finanziellen Mittel der Jugendarbeit vermeintlich nur ›umverteilt‹ werden sollten (siehe Einleitung). Zeitgleich wurden erste Einschätzungen vorgenommen, wie viele Stimmen des Gemeinderates wir zur Erhaltung des JUZ benötigen würden und welche Stimmen wir bereits relativ sicher auf unserer Seite hätten. Der Gemeinderat besteht aus 49 Mitgliedern und die erste Hochrechnung ergab, dass wir insgesamt 23 von den 25 benötigten Stimmen zur Mehrheit durch die Zusagen von SPD, GRÜNEN und DIE LINKE sowie durch die Stimme des Oberbürgermeisters, der eine zusätzliche, parteiungebundene Stimmung für die Verwaltung abgeben kann, auf unserer Seite hatten. Dennoch herrschte hier eine gewisse Unsicherheit, ob die Stimmenberechnung tatsächlich zutreffen würde oder ob es nicht durch z. B. Abwesenheit oder Krankheit einzelner Stadträt*innen schlechter für uns aussähe.



Einladung zur Sonder-VV

Mittwoch, 06.12.2017

Mittwochs wurde damit begonnen, produktiv gegen die Anträge zu arbeiten. Es gingen die ersten Mails mit der Bitte um Unterstützung an verschiedene Vereine

und Institutionen in Mannheim und Baden-Württemberg raus. Als erstes wurden so befreundete Vereine, Initiativen sowie Organisationen, beispielsweise die Mitglieder des Stadtjugendrings und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), kontaktiert, von welchen wir Unterstützung erwarteten. Auch wurde die Sonder-VV weiter beworben und ehemalige JUzis und verschiedene Freund*innen des JUZ eingeladen. Gleichzeitig begann der Trägerverein als juristische Person des JUZ und Vermittler gegenüber der Stadt damit, eine erste Stellungnahme¹ zu den Anträgen zu verfassen. Ein Sharepic, welches via Facebook und anderen Social-Media verbreitet wurde, erreichte binnen kürzester Zeit große Popularität.

Donnerstag, 07.12.2017

Am Donnerstag gingen die ersten Stellungnahmen verschiedener Initiativen, Vereine und Einrichtungen, die sich für den Erhalt des JUZ stark machten, bei uns ein. Diese konnten weiter über deren und unsere Verbreitungskanäle (Social-Media, Telegram-Gruppe etc.) zur Mobilisierung genutzt werden. Sie wurden aber auch zentral auf der Homepage des JUZ gesammelt, um dort darauf aufmerksam zu machen, wie viele Gruppen sich solidarisch mit dem JUZ zeigten. Auf der Homepage wurde ein Reiter zu der #JUZbleibt-Kampagne eingerichtet und mit einem Klick wurde jede*r sofort zu einer Petition, die noch am Donnerstag eingerichtet wurde, sowie zu den Stellungnahmen weitergeleitet. Der Stadtjugendring hatte sich an diesem Tag explizit gegen das CDU-Vorhaben ausgesprochen und gab ein stadtpolitisch sehr wirksames Statement gegen den Versuch des gegenseitigen Ausspielens in der Jugendarbeit ab.

Schließlich wurde vor allem die am Abend stattfindende Sonder-VV vorbereitet: So wurde die Problemlage nochmal genau geklärt und gemeinsam mit der Stimmverteilung im Gemeinderat auf einer PowerPoint-Präsentation dargestellt. Nach der Ernennung einer Moderation wurde der Ablauf festgelegt: Zunächst sollten alle Teilnehmenden der VV auf den aktuellen Stand gebracht und die aktuelle Lage erörtert werden. Danach sollte eine gemeinsame Entscheidung getroffen werden, mit welcher Strategie gegen die Anträge vorgegangen werden sollte. Schließlich sollte in thematisch aufgeteilten Kleingruppen direkt mit der konkreten Arbeit begonnen werden.

¹ siehe »??« in »?? ??«



Sonder-Vollversammlung

Bei der Sonder-VV am Abend gab es eine überwältigend große Beteiligung: Über 200 Teilnehmende aus verschiedenen Altersgruppen, Spektren, Vereinigungen und Privatpersonen sowie unterschiedlich lang aktive JUZis kamen zusammen, um über den Erhalt des JUZ zu diskutieren, um sich einzubringen und um andere Menschen zu motivieren. Dabei herrschte eine, aufgrund der aktuellen Situation um das JUZ zwar angespannte, aber sehr produktive Arbeitsatmosphäre und eine große Plenumsdisziplin.

JUZis mit etwas mehr Erfahrung in der selbstverwalteten Politik(-diskussion) übernahmen die Einführung sowie die Moderation der Veranstaltung. Wir haben uns schließlich für eine Doppelstrategie entschieden, nämlich sowohl über Stellungnahmen, Online-Petition und Social-Media eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen sowie den direkten Kontakt zu Stadträt*innen und Personen, die Einfluss auf die Entscheidung über die Anträge nehmen könnten, zu suchen und sie persönlich zu kontaktieren. Ein großer Faktor der Konsensfindung der Sonder-VV war das Wissen, dass die Entscheidung über den Antrag an einzelnen Stimmen der Parteien im Gemeinderat und der Zustimmung der städtischen Öffentlichkeit liegen könnte. Daher gab es eher eine Zurückhaltung, was direktere Aktionsformen angeht: So wurde sich letztendlich gegen eine Demo entschieden, erstens aufgrund des zu großen spontanen Aufwands und zweitens wegen der Angst, eine falsche Außenwir-

kung zu erzielen. Stattdessen sollte zu einer Aktion vor der Gemeinderatssitzung mobilisiert werden, um so einerseits zu zeigen, für wie viele Menschen das JUZ ein wichtiger Ort in Mannheim ist, als auch andererseits welches zivilgesellschaftliche Engagement durch eine Streichung der Fördermittel wegfallen würde.

Nach der Sonder-VV bildeten sich verschiedene Arbeitsgruppen wie *Stellungnahme der VV*, *Öffentlichkeitsarbeit*, *Veranstaltungsvorbereitung der Aktionen im Stadthaus* oder *Presse*. In der Folge bereitete die AG Stellungnahme der VV ein Statement der JUZ-Aktiven vor, welches später in der Nacht gemeinsam mit der Stellungnahme des



AG Transpis Malen

Trägervereins an offizielle Stellen, wie zum Beispiel das Aktionsbündnis freie Träger, Politiker*innen, Parteien und die Arbeitsgemeinschaft § 78² verschickt wurde.

Schließlich wurden Transpis gemalt, die aus Wohnungen und Gebäuden in Mannheim gehängt wurden, eine Online-Petition für eine möglichst niedrigschwellige Form der Solidarisierung erstellt, ein Pressehandy für die Pressesprecher*innen, die sich tagsüber zu den Stoßzeiten bereit hielten, eingerichtet, ein Twitter-Account erstellt und ein Leitfaden für Interviews vorbereitet.

Freitag, 08.12.2017

Freitagvormittag wurde eine Pressemitteilung formuliert und anschließend über bestehende Presseverteiler verschickt. Gleichzeitig erschienen die ersten Artikel auf Mannheim24.de sowie auf regioactive.de³ und es wurde für den Nachmittag ein Termin für ein Interview mit dem MANNHEIMER MORGEN vereinbart. Das JUZ hatte zu diesem Zeitpunkt fast durchgehend geöffnet und diente als Anlaufpunkt sowohl für geschlauchte als auch noch immer motivierte Aktive. Mittags gab es das erste Radiointerview mit dem Bermudafunk und auf Twitter deutete die FDP an, dass sie gegen den Antrag der CDU stimmen würde⁴. Kurz darauf bestätigte die

² Arbeitsgemeinschaft der Träger öffentlicher Jugendhilfe (Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit nach § 78 SGB VIII)

³ siehe: Presseberichte im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen

⁴ siehe: Hinter den Kulissen

FDP per E-Mail ihre Unterstützung für das JUZ und es machte sich eine positive, aber weiterhin produktive Atmosphäre breit. Unterdessen wurde die Versammlung vor dem Stadthaus für die offene VV sowie ein Konzert am Marktplatz angemeldet und die Online-Petition ging viral. In der Nacht wurde noch ein kurzes Video erstellt, welches auch noch über die drohende Schließung aufmerksam machte. In dem Video wurde vor allem betont, welche Angebote nicht mehr hätten stattfinden können, wenn das JUZ geschlossen worden wäre.

Samstag, 09.12.2017

Das Thema wurde überregional von Politikgruppen und bekannten Einzelpersonen aufgegriffen. In der Zwischenzeit wurde die Petition von über 7500 Personen unterschrieben und etliche Stellungnahmen und Solidarierungen haben das JUZ von allen möglichen Institutionen, Vereinen und Einrichtungen erreicht ⁵. Am Mittag traf sich die AG Veranstaltungsvorbereitung, um die Aktionen ab Montag vorm Stadthaus vor Beginn der Etatverhandlungen zu besprechen. Für Montagmorgen wurde geplant mit Plakaten, Transparenten und Bannern vorm Eingang des Gemeinderates zu stehen um zu zeigen, dass sich viele Aktive mit Leidenschaft und Engagement für das JUZ einsetzen und linker Aktivismus nicht nur heißt, in schwarz auf der Straße zu blockieren, sondern sich auch mittels kreativer Strategien im Kampf um die Stadt zu involvieren.

#JUZbleibt!
Aktionstag:
***8:30UHR STADTHAUS/NI**
Bringt Transparente, Plakate und Schilder mit!
***10UHR ETATBERATUNGEN**
***19UHR VOLLVERSAMMLUNG & KONZERT**
Treffpunkt ist jeweils das
STADTHAUS IN NI
Auf dem laufenden bleibt ihr hier:
TWITTER.COM/JUZBLEIBT
FB.COM/JUZMANNHEIM

Aktionstag Online-Flyer

Gleichzeitig wurden alle JUZ-Aktiven, Fachschaftsmitglieder und Besucher*innen dazu aufgerufen, sich dort zu beteiligen und zu zeigen, wie vielfältig das Angebot des JUZ ist. So wurde beispielsweise überlegt, dass das NDC Infotafeln aufstellen, eine Fahrradwerkstatt stattfinden oder Sport gemacht werden könnte. Für die

⁵ siehe: Stellungnahmen gegen die Schließungsanträge

Stadträt*innen wurden Pressemappen vorbereitet, die dann schließlich vor der Sitzung an die Abgeordneten verteilt werden sollten.

Für Montagabend wurde geplant, die eigentlich im JUZ stattfindende wöchentlich VOLLVERSAMMLUNG vor dem Stadthaus tagen zu lassen - auch mit dem Hintergrund, dass die VOLLVERSAMMLUNG als »linksextremistisches Treffen« in dem Antrag betitelt wurde und um so zu zeigen, dass die VOLLVERSAMMLUNG ein offenes und höchst demokratisches Unterfangen ist, das sich vor allem mit den organisatorischen Fragen der JUZ-Gestaltung befasst. Auch sollte ein Konzert in der Mannheimer Innenstadt stattfinden, um zu zeigen, welche (sub-)kulturellen Veranstaltungen in Mannheim nicht mehr stattfinden könnten ohne das JUZ.

Für die beiden weiteren möglichen Etatberatungstage wurde vereinbart, weiterhin vor dem Eingang des Ratssaals auf die Erhaltung des JUZ aufmerksam zu machen. Der Schwerpunkt sollte jedoch auf dem Aktionstag am Montag liegen.

Sonntag, 10.12.2017

Im Laufe des Wochenendes trafen immer mehr Stellungnahmen und Solidarisierungsbekundungen im JUZ ein, am Ende sollten es über 50 sein. Die Öffentlichkeitsarbeit zahlte sich inzwischen aus: Auf Facebook und Twitter wurde die Petition zighundert Male geteilt und verbreitet. Sowohl der MANNHEIMER MORGEN und das REIN-NECKAR-FERNSEHEN riefen aufgrund von Nachfragen für eine Berichterstattung zu der Aktion am Montagmorgen vorm Ratssaal auf dem Pressehandy an.

Gegen Mittag bekamen wir im Büro eine Info aus dem Gemeinderat, dass die MANNHEIMER LISTE/ FREIE WÄHLER mit allen fünf Stadträt*innen gegen die Anträge der CDU stimmen würde, was für uns überraschend kam, da wir höchstens mit einem Teil ihrer Stimmen oder Enthaltungen gerechnet hatten. Dies nahm uns etwas Druck, da wir nicht nur eine knappe Mehrheit im Gemeinderat hinter uns, sondern nun mit der Unterstützung der FDP auch ein kleines Polster für die Abstimmung hatten.

Die Aktiven des JUZ bereiteten währenddessen die Aktionen im Stadthaus vor: Die Küchen-Fachschaft backte Kekse mit der Aufschrift I love JUZ, die Sport-Fachschaft sammelte ihre Utensilien für eine Yoga-Session im Stadthaus, das NDC bereitete

Beispiel-Infotafeln eines Projektages vor, die Konzert-Fachschaft suchte das Equipment für das Konzert am Abend zusammen und die Geschäftsführung erstellte Pressemappen, die die Stellungnahmen der Aktiven, des Trägervereins und ein Verweis auf andere Stellungnahmen sowie einen Auszug aus der Online-Petition mit der aktuellen Anzahl der Unterschriften beinhalteten. In der Vorbereitung auf das mögliche Abstimmungsergebnis wurden schließlich zwei Pressemitteilungen verfasst, die je nach Ausgang der Abstimmung relativ zeitnah verschickt werden konnten.

Montag, 11.12.2017

Am Morgen machte ein positiver Artikel im MANNHEIMER MORGEN Mut für die Abstimmung⁶. Vorsichtig optimistisch, aber auch doch nervös trafen um 8:30 Uhr die ersten Aktiven im Stadthaus ein und fingen an, die morgendlichen Aktionen vorzubereiten. Nachdem der JUZ-Infostand aufgebaut, die Yoga-Matten ausgerollt, die Infotafeln des NDC aufgestellt und einige Aktive sich mit den Pressemappen in der Hand an den Eingängen zum Gemeinderatssaal postiert hatten, kamen nach und nach immer mehr Aktive und Unterstützer*innen des JUZ ins Stadthaus. Während manche bei ihrem ins Stadthaus verlegten Frühstück solidarische Präsenz zeigten oder sogar Transparente und Plakate hielten, verteilten andere Blumen, Kekse und Pressemappen an die Stadträt*innen und interessierte Journalist*innen. Am Ende waren es über 150 Unterstützer*innen aller Generationen, die sich zum Teil den Montagvormittag freigenommen hatten. Währenddessen führte das Pressteam mehrere Interviews mit der lokalen Presse - es gab sogar ein Liveinterview mit dem RADIO DREYECKLAND über die/während der Aktion.

Den ganzen Tag über waren Aktive des JUZ bei den Verhandlungen präsent und berichteten, wann der Antrag behandelt werden könnte. Gegen Mittag gab es zwei weitere Interviews mit dem UNIMAGAZIN und dem FREIE SENDER KOMBINAT aus Hamburg. Um 19 Uhr sollte die VV vor dem Stadthaus und anschließend ein Konzert auf dem Marktplatz stattfinden. So versammelten sich einige Aktive am Stadthaus, während sich andere auf die Empore des Ratssaals begeben hatten. Draußen sollte die VV starten, doch es entstand Unruhe, weil sich das Gerücht verbreitete, dass die Abstimmung doch noch am Montag laufen könnte.

Eigentlich sollte die öffentliche Sitzung bis 19 Uhr dauern, da aber so viele Interessierte aus dem JUZ-Umfeld da waren, beantragte die GRÜNEN-Fraktion, die JUZ-

⁶ siehe: Der Tag der Entscheidung

betreffenden Anträge doch noch an diesem Tag zu behandeln. Die beiden Anträge der CDU sowie der Antrag von der FAMILIENPARTEI wurden zusammengefasst und in einer Beratung entschieden. Dies veranlasste sogar Niklas Löbel (MdB, CDU) sowie Christian Hehl (NPD), von ihren Tablets vorübergehend abzulassen und ihr Candy Crush Spiel zu pausieren. Es folgte die Aussprache zu den Anträgen im Gemeinderat: Auf der einen Seite wurde das JUZ als ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft hochgelobt. Auf der anderen Seite wurden die bekannten Verleumdungen hervorgebracht, dass das JUZ ein Hort gewaltbereiter »Extremist*innen« sei, die, wie so oft, in der Gleichsetzung mit Nazis gipfelten.

Die JUZis fingen währenddessen an, Plakate und Transparente auszupacken und hochzuhalten. Mehrmals wurden sie dafür vom Ordnungsdienst ermahnt, da das Zeigen von politischen Äußerungen während der Verhandlung im Saal nicht gestattet sei. Den Leuten waren ihre Emotionen anzumerken und für viele ging es in den paar Minuten, während der Antrag besprochen wurde, um mehr als ein ehemaliges Gartencenter; es ging um den Ort, wo viele der Anwesenden einen Großteil ihrer Jugend verbracht hatten, es ging um politische Arbeit, Partys, Vorträge, Theater und Konzerte - um Spaß, Streit, aber auch um Rückhalt, letztendlich um einen kleines Stück »Freiraum« in einer durch und durch verwalteten Welt.

In der Abstimmung zeigte sich selbst die antragstellende CDU-Fraktion gespalten und eine große Mehrheit des Gemeinderates stimmte gegen die zusammengefassten Anträge. Gerade die Tatsache, dass die Fraktion nicht einheitlich abstimmte, war von uns nicht erwartet worden. Das genaue Abstimmungsergebnis war: Sieben von zwölf Abgeordneten der CDU, Familienpartei, Bürgerfraktion, ein einzelner Abgeordneter der MfM und die NPD stimmten für die Anträge, drei CDU-Stadträt*innen enthielten sich. Die Fraktionen von SPD, LINKE, GRÜNE und FDP stimmten geschlossen gegen die Anträge. Damit sprachen sich nur dreizehn von 48 Abgeordneten für die Schließung des Juz aus.

Die Erleichterung der vielen Unterstützer*innen und der ganze Druck, die zermürbende Anspannung sowie die erschöpfende Anstrengung der vergangenen Tage zeigte sich durch lauten Jubel, der von der Tribüne hallte. Die Stadtvertreter*innen schienen eher froh, nicht weiter unter Beobachtung zu stehen und der Ordnungsdienst gab die Versuche auf, die politischen Meinungsäußerungen zu unterbinden. Vor dem Stadthaus startete eine Party, welche sich grüppchenweise Richtung JUZ bewegte. Dorthin wurde das ursprünglich für den Marktplatz geplante Konzert der Band Reiz verlegt. Nicht alle konnten sich an das Ende der Party erinnern.

2 Chronologie zur drohenden JUZ-Schließung

In den darauffolgenden Tagen gab es einige Artikel in der Presse über unsere Aktionen und die Erhaltung des JUZ⁷, am Mittwoch, den 13.12., gab es noch ein weiteres Interview mit dem FREIEN SENDER KOMBINAT in Hamburg. Die zur Mobilisierung eingerichtete Telegram-Gruppe konnte im Anschluss in einen Newsfeed des JUZ überführt werden, so dass im erneuten Fall eine noch schnellere Mobilisierung möglich werden kann.

Wir möchten uns nochmal bei allen Aktiven bedanken, die sich im Dezember 2017 für den Erhalt des JUZ eingesetzt haben!

⁷ siehe: Nachberichte

3 Eine politische Einordnung

Nach dem Antrag ist vor dem Antrag

Die versuchte Schließung des JUGENDZENTRUMS IN SELBSTVERWALTUNG FRIEDRICH DÜRR MANNHEIM (JUZ) hat uns deutlich bewusst gemacht, wie plötzlich etwas durch autoritäres Denken in Frage gestellt werden kann, was fast schon selbstverständlich schien. Diese 'Selbstverständlichkeit' war Resultat eines politischen Kampfes, dessen Entstehungsbedingungen der gegenwärtigen politischen Situation nicht ganz unähnlich sind. Noch im Juni 1972 erklärte der zuständige Bürgermeister Mannheims für den Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens, Dr. Hans Martini (CDU), »daß die Stadt für die nächsten Monate keine Möglichkeit sieht, das Vorhaben [des Projekts ›selbstverwaltetes Jugendzentrum‹] räumlich und finanziell zu fördern«. Seiner Meinung nach war die betreibende Gruppe des letzten bis dahin noch existierenden Jugendtreffs in der Innenstadt, des DOMIZILS, »sehr nach links abgerutscht« und lag »außerhalb der demokratischen Parteien«. Damals, im direkten Nachklang der im Jahr 1967 vom CDU-geführten Innenministerium erlassenen Notstandsgesetze, hat die Geschichte Hans Martini eines Besseren belehrt. Im Jahr 1973 wurde das JUZ FRIEDRICH DÜRR gegründet. Während zu jener Zeit jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse erstmals seit der Gründung der BRD etwas liberaler wurden, deuten heute alle globalen wie nationalen Anzeichen darauf hin, dass die damals erkämpften Freiräume wieder eingeschränkt werden. Wir haben es jetzt mit einem gesellschaftlichen Backlash ziemlich genau 50 Jahre nach den sogenannten 68ern zu tun. Wir verstehen die Anträge gegen das JUZ und das Klima, in dem sie zustande gekommen sind, daher vor diesem Hintergrund des beängstigenden gesamtgesellschaftlichen Erstarkens rechter Einstellungen und autoritärer Politik. Wenn T. W. Adorno im unmittelbaren Post-Nazismus anmerkte, dass »die

Vergangenheit erst dann [aufgearbeitet wäre], wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären« und »nur weil die Ursachen fortbestehen, [...] sein Bann bis heute nicht gebrochen« ward, sah er in der kapitalistischen Verwertungslogik die potentiellen Ursachen begründet für autoritäre und militaristische Vergesellschaftungsformen bis hin zum eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialist*innen. Ihr Nachleben »in der Demokratie« empfand er dabei »als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.« In der gegenwärtigen postfordistischen Formation des Kapitalismus verschärft sich die gesellschaftliche Ausschließung erneut auf verschiedenen Ebenen. Dies zeigt sich auch in Mannheim, denn die Versuche, das JUZ schließen zu lassen, sind Teil dieser bundesweiten Tendenzen und sagen mehr über diejenigen aus, die die Anträge verfasst haben, als über uns: In historischer Perspektive wie aktuell bestehen Tendenzen zu autoritärem Denken, die in repressive Lösungen und den Versuch, nicht Gewolltes auszuschließen, münden.

Eine Gegendarstellung zur ordnungspolitischen Instrumentalisierung, Inszenierung und Kriminalisierung

In zwei Anträgen versuchte die CDU-Fraktion im Gemeinderat zu erwirken, dass dem JUZ der städtische Zuschuss von knapp 100.000€ gestrichen sowie das Gebäude nicht mehr mietfrei überlassen wird. Wir wollen nun darstellen, wie wir die Ereignisse um die versuchte Schließung des JUZ deuten. Wir wollen zeigen, dass die Anträge Ausdruck autoritären Denkens und damit Teil sozialer Ausschließungsprozesse sind. Dies zeigt sich in den Anträgen in der Berufung auf das Konstrukt ›Linksextremismus‹, der Instrumentalisierung der Ereignisse um G20 in Hamburg im Kontext erstarkender Sicherheitsdiskurse. Indem unter anderem auf Papiere des Inlandsgeheimdienstes, dem Verfassungsschutz, verwiesen wird, nehmen die Anträge den ›Extremismusansatz‹ zur Grundlage ihrer Argumentation und diffamieren damit das JUZ als ›linksextrem‹. Dabei ist dieser ›Ansatz‹ auf mehreren Ebenen höchst problematisch: Er ist in seriöser Forschung widerlegt und wird von Wissenschaftlern vertreten, die häufig selbst wenig Distanz zu rechten Haltungen aufweisen und stellt ein ordnungspolitisches Moment dar. Die Annahme von ›Extremismus‹ als Phänomen am Rand der Gesellschaft ist, abgesehen von einigen Wissenschaftlern, die häufig selbst wenig Distanz zu rechten Haltungen und Politiken aufweisen, in seriöser Forschung widerlegt und wird als ordnungspolitisches

Herrschaftsinstrument benutzt. Im Antrag wird sich auf die Broschüre ›Linksextremismus - Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale‹ des Bundesamts für Verfassungsschutz bezogen und dabei »typische linksextremistische Aktionsfelder« aufgeführt: »Antikapitalismus (inklusive Kampf gegen Faschismus, Rechtsextremismus Rassismus, Repression, Gentrifizierung und Militarismus) und Kurdistansolidarität«. Wenn solches Engagement vom Inlandsgeheimdienst pauschal als ›linksextrem‹ diskreditiert wird, zeigt sich, wie falsch seine Analysen sein müssen. Die VOLLVERSAMMLUNG und Aktiven des JUZ kritisierten in den Stellungnahmen »Extrem demokratisch«¹ vom 23.01.2017 und jener zu den Anträgen vom Dezember 2017², die auf der Homepage des JUZ zu finden sind, bereits die Denk- und Wirkungsweisen des Extremismusansatzes.

Doch nicht nur solch zweifelhafte Denkmodelle wie der Extremismusansatz wurden als Argumentationsschemata gegen das JUZ eingesetzt. Um gegen das JUZ vorzugehen, wurden in den Anträgen explizit die Ereignisse rund um den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg zum Anlass genommen, ohne dabei konkrete Zusammenhänge zum JUZ benennen zu können. Dabei nutzt die CDU die öffentliche Aufregung um G20, um ihre eigene Law-and-Order-Politik zu legitimieren, die Ausdruck autoritären Denkens ist. Lügen wie »Polizeigewalt hat es nicht gegeben« (Olaf Scholz) sind durch zahlreiche Videos und Fotos entlarvt³. Diese Leugnung soll öffentliche Kritik an Inhalten und Inszenierung des G20-Gipfels verstummen lassen. Einzige Konsequenz für die Verantwortlichen des Einsatzes war ihre Beförderung. Wenn die Mannheimer CDU schon auf externe Ereignisse wie die G20-Proteste referiert, dann fragen wir uns, warum Sie hierzu nur Halbwahrheiten präsentiert. Wir fragen uns noch weiter, ob denn die Hamburger wie die vielen anderen dort zum Einsatz gekommenen Polizeigruppen in irgendeinem Verfassungsschutzbericht auftauchen werden, da sie als staatliche Institutionen jede Menge offene Rechtsbrüche begangen haben, die die Grundfeste ihres vielbeschworenen Verständnisses von Demokratie angreifen. Stattdessen beklagt die Mannheimer CDU in einem der Anträge, dass das JUZ sich »zu keinem Zeitpunkt von der Gewalt in Hamburg distanziert oder Worte des Bedauerns für die verletzten Polizeibeamten, geschädigten Gewerbetreibenden, Besitzer angezündeter Autos usw. gefunden« hat. Fernab der Frage, was es bringen soll, wenn sich irgendein Jugendzentrum in Baden-Württemberg von irgendwelchen fernen Ereignissen distanzieren soll, mit denen es in keinem Verhältnis

¹ siehe: Dokumentation der Berichterstattung

² siehe: Stellungnahmen gegen die Schließungsanträge

³ siehe: ›dbate.de‹, ›Komitee für Grundrechte und Demokratie‹ oder ›Realitycheck‹ der TAZ

steht, fragen wir uns zuletzt: Wer stoppt endlich diese Chaoten und ihre Rädelführer*innen in Polizei und Politik? Oder, wie die ANTIFASCHISTISCHE AKTION AUFBAU MANNHEIM⁴ in ihrer #JUZbleibt-Stellungnahme formuliert hat: »Wann hat sich die CDU jemals von Hetzer*innen wie Erika Steinbach oder von den rassistischen Äußerungen ihrer Schwesterpartei der CSU distanziert?«. Stattdessen wurden einer ihrer größten Hetzer (›Obergrenze‹; Grenzschließung, Orbàn-Fan) ›Innen- und Heimatminister‹ und die Koryphäen des Ausnahmezustands, Hartmut Dudde und Olaf Scholz, dann Leiter der Hamburger Schutzpolizei und sogar Vize-Kanzler der BRD. Es liegt die Vermutung nahe, dass die ganze Angelegenheit nicht der Wahrheit oder der Information der Bürger*innen dient, sondern einzig ihrer Desinformation aus politischem Kalkül zu deren Verunsicherung - und das, indem politische Gegner*innen denunziert und zu Staatsfeind*innen obersten Ranges erklärt werden. Die Inszenierung des G20-Diskurses, die durch die CDU, aber mindestens auch von Teilen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien überhaupt erst geschaffen wird, dient dazu, Gegendiskurse zu verdrängen, politische Gegner zu diskreditieren und dadurch gesellschaftliche Widersprüche und Ausschließungsprozesse zu verdecken: Der Haushaltsüberschuss des deutschen Staates von rund 37 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2017, welcher u.a. nur mit Hilfe von Exportüberschüssen sowie einer rigiden Austeritätspolitik nach innen wie außen zustande kommen konnte, wird mit der deutschen Dominanz in Europa auch in Zukunft weiter anhalten. Demgegenüber finden sich auf der anderen Seite soziale und finanzielle Notlagen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und soziale Ausschließung, die mit gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus zusammenkommen. Sie sind kein ›Unfall‹, persönliche Schuld oder unintendierter Nebeneffekt von Wirtschaftspolitik, sondern Resultat und Teil des Prozesses, der den ›Standort Deutschland‹ respektive ›Standort Mannheim‹ weltweit konkurrenzfähig halten soll. Der G20-Gipfel dient dabei als ordnungspolitischer Lösungsversuch für die Armutprobleme auf der Welt, er scheitert jedoch schon daran, dass die viel stärker von Armut betroffenen Länder gar nicht an der Erarbeitung der Lösung beteiligt werden.

Diese gesellschaftlichen Widersprüche schüren systematisch Ängste, häufig gepaart mit Ressentiments und dem Wunsch nach autoritärem Durchgreifen. Diese Angst ist nicht nur Paranoia, sondern Ausdruck teils real erlebter oder im nahen Umfeld erfahrbarer Deklassierung und Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile. Dennoch trägt sie deutlich irrationale Züge und ist dabei auf das Falsche gerichtet: Auf das,

⁴ siehe: Stellungnahmen gegen die Schließungsanträge

was tatsächlich oder wahrgenommen ›fremd‹ ist oder eine scheinbare Ordnung durcheinanderbringt.

Der G20-Diskurs, Modelle wie der ›Extremismusansatz‹ und Angstpolitiken mit dem Schüren rassistischer Ressentiments haben also einiges miteinander zu tun. Es spricht den hunderten Opfern rechter und rassistischer Gewalt Hohn, wenn, wie in der ›Berliner Erklärung der Innenminister der CDU und CSU‹ formuliert, »gegen den Linksextremismus mit gleicher Entschiedenheit wie gegen Rechtsextreme vorgegangen werden« soll. Denn Betroffene rechter Gewalt sind häufig auch diejenigen, die durch Ausschließung, Marginalisierung oder verschiedenste Formen von strukturellen Gewaltverhältnissen an den Rand gedrängt oder sogar ermordet werden, diejenigen, die Ziel der autoritären Politik sind. Das ist die Gewalt, die von denjenigen, die ernsthaft an ›Linksextremismus‹ glauben, vorangetrieben und durch wirtschaftliche Not sowie chauvinistische Ressentiments aller Art befördert wird. Wir befinden uns in einer Zeit, in der ein neonazistisches Terrornetz, das von mindestens 40 V-Leuten des Verfassungsschutzes umgeben war und je nach Schätzung mindestens 150 Unterstützer*innen hat, sich selbst enttarnen muss. In der seit 1990 um die 200 Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen sind. Es gibt tägliche An- und Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf politische Gegner*innen, nicht nur ›Antifas‹, sondern auch nicht selten Leute aus anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen oder Bürgermeister*innen in Kleinstädten. Dass 500 offene Haftbefehle und regelmäßige Funde schwerer Waffen bei Neonazis und Reichsbürger*innen nicht dazu führen, dass diejenigen, auf die diese Waffen gerichtet sind - nämlich migrantische Menschen, People of Color, Obdachlose, LGBTQ, Jüd*innen, antifaschistisch oder antirassistisch Engagierte, gesellschaftlichen Rückhalt bekommen, sondern diskriminiert, kriminalisiert, eingesperrt oder abgeschoben werden, ist der eigentliche Skandal.

Ersichtlich wird die irrationale Angst und die tief verankerte Sehnsucht nach Ordnung in Mannheim am Ende November 2017 erneut veröffentlichten ›Sicherheitsbarometer‹: »Die Kriminalitätsfurcht ist in Mannheim, wie in vielen anderen deutschen Städten auch, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen«. Unter anderem die Kriminalstatistiken, wie die Kriminalstatistik des Bundes, die im Mai 2018 vorgestellt wurde, lassen solche Schlüsse eigentlich nicht zu - auch bei aller Kritik, die an ihnen geäußert werden muss. Dennoch wird diese Angst immer wieder mit parteiübergreifendem Law-and-Order-Getöse sowie durch den Ausbau der Sicherheitstechnik und -architektur (respektive Personal) geschürt. Auch in Mannheim

gibt es dafür zahlreiche Beispiele. Der Kommunale Ordnungsdienst, der bereits über polizeiliche Befugnisse verfügt, wurde 2017 durch die Gründung eines »Besonderen Ordnungsdienstes« erweitert. Mitarbeiter*innen des Kommunalen Ordnungsdienstes tragen seit einiger Zeit polizeiähnliche Uniformen und haben Fahrzeuge mit der Aufschrift »Polizeibehörde«. Neben z.B. Verkehrsüberwachung sind sie auch für »Gefahrenabwehr« zuständig und sollen das sogenannte subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger*innen verbessern. Darauf spielen auch die »Sicherheitstouren« der Mannheimer SPD, wie in Sandhofen im Frühjahr 2018 oder in der Neckarstadt West im November 2016 an. Auch Nikolas Löbel (CDU) freute sich darüber, dass »wir als Kommunen endlich die Möglichkeit [haben], lokale Alkoholkonsumverbote zu erlassen«. Er setzt sich dafür ein, dass der Kommunale Ordnungsdienst direkt an den Polizeifunk angeschlossen wird - neben der anberaumten (Video-)Überwachung öffentlicher Plätze, der Ausweitung polizeilicher Befugnisse und damit staatlicher Kontrolle. Dadurch wird Falschparken, sichtbare Armut oder Jugendliche auf dem Paradeplatz oder dem Neumarkt unter dem Label »Sicherheit« ver- und gegebenenfalls entsprechend behandelt. Dies ist nicht nur Symbolpolitik, sondern konkret gegen Menschen gerichtet, die als ›gefährlich‹ klassifiziert werden und damit ein Mittel um soziale Ausschließung durchzusetzen. Die Polizeistreifen am Neckar, die seit ca. zwei Jahren permanent Kontrollen von Menschen, die nicht nach weißen Deutschen aussehen, durchführen, sind nur ein Beispiel davon. Das Image des vielfältigen Mannheims ist angesichts der sozialen Ausschlusses inklusive des Rassismus in der Stadt eine Farce. Wir sind uns der realpolitischen Abstufungen der verschiedenen Parteien in ihrer konkreten Praxis bewusst, dennoch wird diese repressive Politik getragen und bestärkt durch Teile aller großen Parteien. Gruppen, die nicht in dieses Image passen, wird mit kommunaler Ordnungspolitik und repressiver Pädagogik begegnet. Alle Maßnahmen dienen in erster Linie dazu, mit dem ›subjektiven Sicherheitsempfinden‹ auf Stimmfang zu gehen. Es wird ein ›Hilferuf‹ des OB Peter Kurz (SPD) an den Innenminister Baden-Württembergs Thomas Strobl (CDU) aufgesetzt, in der Presse als »Brandbrief« bezeichnet. Mit der Forderung nach geschlossenen Unterbringungen soll das vermeintliche Problem, die ›kriminellen‹ Minderjährigen mit Fluchtgeschichte, ordnungspolitisch gelöst werden. Das von dem Brief und der Berichterstattung vermittelte Bild ist Hintergrund für nichts weniger als Forderungen nach reaktualisierten Zwangsmaßnahmen aus der Zeit der ›Schwarzen Pädagogik‹⁵. Dabei handelte es sich lediglich um 15 vermeintliche »ju-

⁵ Als ›Schwarze Pädagogik‹ werden in der sozialpädagogischen Fachliteratur jene Formen der Anstaltserziehung bezeichnet, die bis zur Protestgeschichte (hier insbesondere die Heimrevol-

gendliche Straftäter aus Nordafrika«, die, glaubt man der Regionalpostille, von der Bevölkerung sogleich als »Staatsversagen« wahrgenommen wurden. Genau diese autoritäre Politik ist die Strategie, um mit den selbst geschaffenen gesellschaftlichen Widersprüchen umzugehen. Dabei geraten, in Mannheim wie anderswo, diejenigen in den Fokus, die auch sonst als ›kriminell‹, ›gefährlich‹ oder auch nur ›anders‹ gelten. Am liebsten kein Alkohol und keine ›Asozialen‹ und am liebsten auch keine lärmenden Jugendlichen oder keine Jugendhäuser mehr in Innenstadtnähe. Wer die »Unwirtlichkeit der Städte« (A. Mitscherlich) in gleichem Maße befördert wie Militarisierung und soziale Ausschließung, benötigt wahrlich keine Debatte mehr darum, wie die Städte fernab des Konsumzwangs wieder lebenswerter werden.

In solch Fahrwasser kann schon mal ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zum »Anlaufpunkt des gewaltorientierten linksextremistischen Treibens« stilisiert werden, dem schnellstens die Förderung entzogen werden müsse. Die CDU versuchte auf diesem Wege ihr Kürzungsvorhaben im sozialen Bereich, das sie quasi durch die Hintertür vornahm, zu verschleiern, indem sie einem widerspenstigen Jugendzentrum die öffentliche Förderung entziehen wollte. Ein Jugendzentrum, das in der Vergangenheit für die Thematisierung von Widersprüchen geworben hat, das seine Positionen auch in Netzwerke einbringt und den Anspruch hat offen zu sein für Menschen, die von sozialem Ausschluss betroffen sind; für Jugendliche, die dort nicht zu Konsum oder wirtschaftlich verwertbaren Aktivitäten gezwungen werden. Es ist eine Anlaufstelle fernab der üblichen und konventionellen Jugendarbeit. Besonders perfide an den Anträgen war, dass die CDU versucht hat, die Akteur*innen der Jugendarbeit vor Ort gegeneinander auszuspielen. Daran lässt sich erkennen, dass die ›Pluralität‹ in der Jugendarbeit, wie sie in der ›Mannheimer Erklärung‹ hervorgehoben wird, für die CDU eine reine Floskel ist.

Ein solcher Versuch der Instrumentalisierung ist in Mannheim für den Augenblick gescheitert, auch wenn insgesamt bundesweit und in der Stadt deutliche Geländegewinne in Richtung autoritärer Politiken erreicht wurden, welche auch hier über den Kampfbegriff ›Linksextremismus‹ legitimiert werden. Die CDU wollte die aktuelle Stimmung nutzen, um sich als ›Macherin‹ zu profilieren. Ziel des Antrags unter den neuen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat war es, diese Geländegewinne anschließend populistisch ausschlachten zu können. Dieses Kalkül ging nicht auf, weil sich die anderen Stadträt*innen, die Mannheimer Zivilgesellschaft und Öffent-

ten und Jugendzentrumsbewegung) der späten 1960er und 70er Jahre als ›totale Institutionen‹ durch Abgeschlossenheit, Zwang und andere herabwürdigende Erziehungsmethoden charakterisiert waren.

lichkeit mehrheitlich nicht darauf einließen. Selbst der konservative MANNHEIMER MORGEN kommentierte gegen die Anträge. Die zeitliche Nähe zu G20 und die Art und Weise, wie die Anträge gestellt wurden, waren ein zu offensichtliches politisches Kalkül der CDU. Viele Stadträt*innen wie auch die Öffentlichkeit wissen (hoffentlich) sehr genau, dass das JUZ kein »Gewaltnest« ist. Sie wissen, dass dieses Bild vom JUZ nicht nur übertrieben und undifferenziert ist. Auch wenn es manche für »zu politisch«, zu dreckig oder zu kontrovers halten, ist es, wenn überhaupt, eine Gefahr für saubere weiße Turnschuhe oder den Vorsatz, früh ins Bett zu gehen. Wir plündern nur, wenn Sperrmüll ist.

Die Gefahr, die die CDU im JUZ sieht, ist doch vielmehr, dass dort Menschen zusammenkommen, die autoritären Weisungen nicht folgen wollen. Hier sind Menschen und politische Gruppe aktiv, die ihre Zeit für Selbstverwaltung nutzen und die jedweder sozialen Ausschließung entgegentreten. Um diesen Ort zu erhalten, kamen im Dezember 2017 Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenschlüssen und Gründen zusammen.

Ausblick

Die Rechte profitiert von der gegenwärtigen Stimmungsmache. Die Forderung aus verschiedenen Teilen des Mannheimer Gemeinderats im Nachgang der Haushaltsverhandlungen im Dezember 2017, sich vom ›Extremismus‹ zu distanzieren, steht exemplarisch einerseits dafür, dass die Verwendung solcher Floskeln sowie ihre Instrumentalisierung Früchte trägt. Andererseits bedeutet es für uns im JUZ ganz konkret, dass im Zuge dieses falschen Demokratieverständnisses zugleich auch die langfristige Weiterförderung alles andere als garantiert ist. Unter diesen Voraussetzungen wird das JUZ kontinuierlich um seine öffentliche Förderung bangen müssen. Die Forderungen nach stärkeren Kontrollen und der Distanzierung vom ›Extremismus‹ stehen nicht nur in Mannheim im Raum. Nicht erst seit dem Einzug der AfD in die Parlamente sehen sich zivilgesellschaftliche Projekte im gesamten Bundesgebiet, die sich gegen Diskriminierungen aller Art wenden, mit dem Versuch der Disziplinierung unter Androhung des Entzugs ihrer Förderung konfrontiert. Mit den immer gleichen Mitteln (kleine Anfragen, Anträge etc.) wird hierbei - vorwiegend seitens der AfD, wie hier am CDU-Antrag jedoch ersichtlich, auch anderer (national)konservativer Parteien - versucht, Feindbilder und Schreckensszenarien aufzubauen, politische Gegner*innen existentiell zu bedrohen und dabei zugleich

vorwiegend im sozialen, kulturellen und erinnerungspolitischen Bereich Kürzungen vorzunehmen. In populistischen Eiszeiten kommt dies gut an. Auch wenn außer der CDU-Fraktion und der FAMILIENPARTEI die anderen Parteien vielleicht nicht direkt Angriffe auf das JUZ zur Profilierung nutzen, so ist doch die Frage, ob sie dem in Zukunft etwas entgegensetzen.

Versuche, die Arbeit im JUZ öffentlich zu diskreditieren, werden es aufgrund recht hohen zivilgesellschaftlichen Engagements und Solidarität, wie wir sie auch bei der versuchten Schließung erfahren haben, möglicherweise schwer haben. Die Vernetzung und Bedeutung des JUZ als Sozialisationsort für Leute, die in der Zivilgesellschaft aktiv sind, sowie ein liberales Selbstverständnis, das auch die Sozial- und Jugendpolitik nicht vernachlässigt, sind trotz allem nicht die schlechtesten Voraussetzungen für eine wirklich vielfältige Stadt. Warnen möchten wir hingegen vor allen Strategien, die sich rechten Positionen anbieten und anpassen. Sie befördern repressive Tendenzen, verschieben Diskurse immer weiter in Richtung eines autoritären Selbstverständnisses und schränken unser aller Lebensgestaltung auf kurz oder lang massiv ein. Wir plädieren daher dringend dafür, die im Zuge der #JUZbleibt-Kampagne gezeigte Solidarität und politische Schlagkraft der Mannheimer Zivilgesellschaft in tragfähige Bündnisse zu überführen. Wenn wir in Zukunft vermeiden wollen, von solchen Angriffen überrascht zu werden, dann müssen wir uns alle mit stadtpolitischen Fragen beschäftigen.

Und wenn der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben und nach herrschaftsfreien Räumen bedeutet ›linksextrem‹ zu sein, dann sind wir das gern. Wir verstehen uns vor allem als ›extrem demokratisch‹!